

## Öffentliche Sitzung

Protokoll Nr.:	8/2018
Sitzung:	Gemeinderat
Datum:	17. Juli 2018
Zeit:	19:00 Uhr – 23:05 Uhr
Ort:	Sitzungssaal im Rathaus
Vorsitz:	Bürgermeister Volk
Mitglieder anwesend:	<p><b><u>FW</u></b> Stadträtin Stephanie Streib, Stadträte Fritsch, Holschuh, Rehberger, Dr. Rothe und Wachert</p> <p><b><u>CDU</u></b> Stadträtinnen Harant, Oppelt, von Reumont, Stadtrat K. Rupp</p> <p><b><u>SPD</u></b> Stadträtin Betke-Hermann, Stadträte Bergsträsser, Berroth, Hertel und Keller</p> <p><b><u>Grüne</u></b> Stadträtinnen Groesser und Seidelmann, Stadträte Katzenstein (ab 19:45 Uhr), Schmitz und Schwenk (ab 19:15 Uhr)</p>
weiter anwesend:	Ortsvorsteher Hoffmann (Dilsberg); Frau Semrau und Herr Weiher (beide FB 2); Frau Marker-Schrotz (Schulleiterin Realschule) und Herr Philipp (Schulleiter Max-Born-Gymnasium) zu TOP 3; Herr Horvath (FB 4, zu TOPs 10 und 11), Herr Ansorge (FB 6, zu TOP 9); Herren Gerhardt und Jakobsen (Planungsbüro Gerhardt, ebenfalls zu TOP 9); Herr Fr. Scheffczyk (FB 5, zu TOPs 11 und 12)
Mitglieder entschuldigt:	Stadträtin Kaltschmidt, Stadträte KH Streib und Schimpf
Urkundspersonen:	Stadträtin Groesser, Stadtrat Hertel
Sachvortrag:	Frau Marker-Schrotz und Herr Philipp (zu TOP 3); Herr Weiher (zu TOPs 4, 5, 6); Frau Semrau (zu TOPs 7 und 8); Herr Gerhardt (zu TOP 9); Herr Horvath (zu TOP 10); Dr. Scheffczyk (zu TOP 12)
Schriftführerin:	Frau Polte

## Bürgerfragestunde

Zu Beginn der Fragestunde, zu der zahlreiche Bürgerinnen und Bürger erschienen sind, erklärt Bürgermeister Volk, dass Bild- und Tonaufnahmen während der Fragestunde und der Gemeinderatssitzung untersagt sind, sowie dass die Höchstdauer der Bürgerfragestunde ½ Stunde beträgt.

Eine Bürgerin bringt die **Parksituation an Kastanienberg** zur Sprache. In den letzten Wochen habe sich die Parksituation bergaufwärts deutlich verschlechtert. Größere Autos, auch Rettungsfahrzeuge, hätten kaum ein Durchkommen.

Herr Horvath antwortet, dass in diesem Bereich bereits eine Befahrung mit der Straßenverkehrsbehörde und der Polizei stattgefunden hätte. In dem Bereich, wo die Kurve unübersichtlich ist, werde in Kürze ein absolutes Halteverbot angeordnet.

Zwei Bürger, die vor wenigen Wochen die Initiative „Neckargemünd im Aufbruch“ ins Leben gerufen haben, treten gemeinsam vor.

Herr Prof. Dr. Malik trägt vor, man mache sich Sorgen, wie es mit der Stadt weitergehen solle, insbesondere bezüglich des Stadtbildes und des Geschäftsterbens. Er lädt alle ein, bei der Initiative mitzumachen, und legt einen umfangreichen Fragenkatalog vor, der vom Bürgermeister (*Antworten kursiv gedruckt*) beantwortet wird. Letzterer betont, er selbst, und auch der Gemeinderat, bringen sich seit Jahren mit ihrer ganzen Kraft zum Wohle der Stadt ein.

Zu den Fragen:

### **-Gibt es eine Anweisung an den Ordnungsdienst, wie er mit den Bürgern umgehen soll?**

Gerade beim Lebendigen Neckar seien weit über 100 Strafzettel ausgeteilt worden.

*Am Morgen des „Lebendigen Neckars“, der zugleich „AOK-Radsonntag“ ist, war der Radweg in Kleingemünd durch rund 70 Autos zugeparkt, damit für Radler wie Fußgänger unpassierbar. Das Ordnungsamt sei zu Recht tätig geworden, habe sich auf die Freihaltung der Rettungsgassen konzentriert sowie auf den Schutz Schwächerer, etwa Rollstuhl- und Rollator Fahrer, Menschen mit Kinderwägen, die auf die Bundesstraße hatten ausweichen müssen. Man dürfe Täter und Opfer nicht verwechseln.*

*Herr Horvath ergänzt, dass die Grundlage zum Handeln für das Ordnungsamt im Polizeigesetz für Baden-Württemberg, und der Verwaltungsvorschrift hierzu liege. Dazu kämen interne Anweisungen. Eine der wichtigsten: es gibt keine Ausnahmen.*

### **-Wo bezahlen die 6 (oder künftig 7) neuen Supermärkte ihre Steuern?**

*Der Bürgermeister verweist auf das Steuergeheimnis.*

### **-Die Gemeinde sei fast pleite? Wie könne man Gewerbebetriebe ansiedeln?**

*Die Gemeindeverschuldung sei in den letzten Jahren zurückgegangen; der Gemeinderat treffe seine Entscheidungen in voller Kenntnis aller Informationen. Der Bürgermeister berichtet kurz zur Supermarktentwicklung, dass durch kluges Handeln und eine entsprechende Entscheidung des Gemeinderates erreicht werden konnte, dass die Stadt künftig pro Jahr über 53.000 € Miete erhält und somit eine dauerhafte Einnahme generiert. Dies sei günstiger als die Lösung über die Gewerbesteuer (hier hätte man ca. 50.000 € / Jahr bekommen können, allerdings bleibt von der erzielten Gewerbesteuer nur rund ein Viertel in der Stadt). Momentan gebe es relativ solide Gewerbesteuereinnahmen, allerdings sei die Gewerbesteuereinnahme immer schwankend, daher schlecht als Einnahme planbar.*

**-Gibt es genug Kinderbetreuungsplätze?**

*Der Bürgermeister verweist auf den Fortgang der Sitzung; hier werde sich ein TOP speziell mit dem Thema befassen. Momentan gebe es 530 Kindergartenplätze in Neckargemünd, weiterer Ausbau sei geplant.*

**-Könne die Verwaltung kurzfristig einen Plan vorlegen, wie die Stadt attraktiver gemacht werden könne?**

*Insgesamt habe die Stadt nicht mehr viele Grundflächen, die einbezogen werden könnten. Die Verwaltung und der Gemeinderat verfolgen die Umsetzung des Stadtleitbildes, das sich die Bürger gegeben haben, mit Zeithorizont: 10 Jahre. Schon vorher habe es einen ersten Stadtleitbildprozess gegeben, der zum Großteil abgearbeitet worden sei.*

**-Wie kann man das Stadtbild verbessern?** Herr Prof. Dr. Malik nennt als Beispiel die Zuwege zum Bahnhof; diese seien in einem schlimmen Zustand.

*Herr Horvath sagt zu, sich am morgigen Tag die Situation anzuschauen. Insgesamt sei zu bemerken, dass einzelne Bürger, die sich nicht um den Überhang ihre Grundstücke kümmern, entsprechende Verfügungen bekommen hätten.*

*Der Bürgermeister ergänzt, die Gärtnerei komme kaum noch mit ihrer Arbeit nach, da es einige Dauerkrankheitsfälle gibt. Die Verwaltung kümmere sich um Fälle, bei denen sich Bürger bei der Stadt beschwerten, oder auch die AVR, sowie Fälle, die von den GVD-Mitarbeitern selbst gesehen werden. Dabei werde zunächst versucht, mit den entspr. Grundstückseigentümern zu reden, es werde ein entsprechender Hinweis auf die Beseitigungspflicht von Überhang in den Briefkasten geworfen. Erst nach weiteren 2 Wochen gebe es ein Erinnerungsschreiben, dem erst nach weiteren zwei Wochen durch eine Androhung von Zwangsgeld gefolgt werde. Erst nach weiteren zwei Wochen werde dann die entsprechende Verfügung verschickt. Die Grundstückseigentümer bekämen also genügend Zeit zum Rückschnitt.*

*Auf eine entsprechende Äußerung von Herrn Prof. Dr. Malik antwortet der Bürgermeister, er verwahre sich gegen Anschuldigungen an seine Mitarbeiter.*

**-Wie steht es mit dem Gerichtsverfahren Schwimmbad- drohe Forderungsausfall?**

*Dies werde das Gericht entscheiden.*

Anschließend wendet sich Herr Dr. Ax mit weiteren Fragen an die Verwaltung.

**-Wie wolle die Stadt eine Verringerung der Leerstände erreichen, und wer sei zentraler Ansprechpartner für Investoren?**

*Frau Holzer und der Bürgermeister sind Ansprechpartner. Die Stadt betreibe selbst ein Leerstandsmanagement. Den Leerständen stehen auch immer wieder Geschäftseröffnungen entgegen. Frau Holzer sei Mittlerin zwischen den Eigentümern und Interessenten, falls die Eigentümer dies möchten, und sie pflegt Kontakte. Das Ergebnis liege allerdings nicht immer in der Hand der Stadt.*

**-Wurden die ehemaligen Interessenten für die Griechische Weinstube nochmals angesprochen?**

*Dies bejaht der Bürgermeister.*

**-Wie gehe es mit dem Hotel Kredell weiter, welche sinnvollen Eingriffsmöglichkeiten sehe die Stadt?**

*Grds. werde auch bezüglich dieses Hotels versucht, Kontakte zu Hoteliers zu bekommen. Es gebe immer wieder Gespräche; wenn es genügend konkrete Hinweise zu einer weiteren Nutzung gebe, werde der Gemeinderat informiert. Mit der SRH stehe die Stadt in gutem und konstruktivem Dialog. Insgesamt sei es schwierig, denkmalgeschützte Objekte zu verwerten, die auch hinsichtlich der Nutzung und städtebaulichen Aspekten Vorgaben haben.*

**-Gebe es ein zentrales Konzept, wie die Stadt attraktiver werden könne, auch fahrradfreundlicher? Werde in diesem Zusammenhang der Vorschlag „Wellnesshotel für Neckargemünd“ weiterverfolgt?**

*Nach Auffassung des Bürgermeisters ist Neckargemünd eine sehr attraktive Stadt, aber Verbesserungen seien natürlich immer sinnvoll. Mit Musik- und Volkshochschule, in den Vereinen und mit den zahlreichen Veranstaltungen werde in Neckargemünd sehr viel angeboten, man solle sein Licht nicht unter den Scheffel stellen. Es gebe genügend Initiative in der Bevölkerung, und Neckargemünd sei eine pulsierende Stadt. Im Stadtleitbild seien viele Anregungen zum Thema Tourismus aufgeführt. Derzeit arbeite man mit Hochdruck daran, das bestehende Hotel zu erhalten. Die Stadt wolle auch in Zukunft den engen Kontakt mit Herrn Dr. Ax weiterpflegen.*

**1: Vorlage und Kenntnisnahme des Protokolls Nr. 7/2018 vom 19. Juni 2018**

**1.1: Sachvortrag:**

Das Protokoll liegt den Gemeinderäten im Wortlaut vor.

**1.2: Beratung:**

**1.3: Beschluss:**

Das Protokoll wird von den Urkundspersonen unterzeichnet und vom Gemeinderat zur Kenntnis genommen.

**2: Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Gemeinderatssitzung Nr. 7 vom 19. Juni 2018 gefassten Beschlüsse**

**2.1: Sachvortrag:**

Der Bürgermeister gibt die Beschlüsse der nichtöffentlichen Sitzung entsprechend der Vorlage bekannt. Die Vorlage des Fachbereichs 1 ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.

**2.2: Beratung:**

-

**2.3: Beschluss:**

-

3: **Umsetzung des Sieben-Stunden-Modells – Auswirkungen auf die Stadt Neckargemünd (Antrag der Grünen vom 15.05.2018)**

3.1: **Sachvortrag:**

Die Tischvorlage des FB 2 – Bildung, Kultur und Personal ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.

Der Bürgermeister führt aus, am Anfang sei er dem Modell eher skeptisch gegenübergestanden, habe diese Ansicht nach dem Austausch der Argumente mit der Schulleitung relativiert. Die Schulen können die Entscheidung selbständig treffen, allerdings gebe es Auswirkungen auf die Stadt, da diese in ihrem Haushalt die entsprechenden Rahmenbedingungen treffen muss.

Anschließend erläutert Frau Marker-Schrotz, das Modell sei das Ergebnis einer gemeinsamen Arbeit von Realschule und Gymnasium. Es werde Zeit für das Schulzentrum, zu einer gemeinsamen Läuteordnung zu kommen. Der neue Bildungsplan von 2016 habe in beiden Schulen für die Klassenstufen 5 bis 10 erhebliche Veränderungen mit sich gebracht, insbesondere hinsichtlich der Anforderungen und der Fächerkombinationen. Hierfür die alten Regelungen beizubehalten, hätte zu noch mehr langen Nachmittagen geführt. Beide Schulen möchten am offenen Ganztagsangebot festhalten, und die 7 Stunden am Vormittag machen es möglich, den gesamten Pflichtunterricht in den ersten 7 Stunden abzudecken. Dann gebe es die Möglichkeit, am offenen Ganztagsangebot teilzunehmen oder in Ruhe die Musikschule oder Vereine besuchen zu können. Der Stundenplan für das neue Schuljahr sei noch nicht fertig gestellt, hier müssten noch verschiedene Absprachen bezüglich der Schulbusse getroffen werden. Insgesamt sei nach den Rahmenbedingungen bezüglich des ÖPNV festgelegt, dass eine Wartezeit von 45 Minuten nach Schulschluss bis zur Busabfahrt noch als zumutbar gelten. Dies sei seit Jahren eingespielt: die Schüler nutzen die Zeit, um Hausaufgaben zu machen, sich nach dem Unterricht zu entspannen, sie können sich auch noch im Schulgebäude aufhalten. Mit dem Mensa-Caterer habe es sehr konstruktive Gespräche gegeben. Mit dem neuen Vorbestellsystem, das der Caterer vorgeschlagen habe, hoffe man, dass die Mensa künftig verlässlichere Zahlen hinsichtlich der benötigten Essen bekomme. Insgesamt lege Neckargemünd sehr viel Wert auf Nachhaltigkeit und soziales Engagement – dies sei eine besondere Stärke der Stadt.

Herr Philipp verweist in seinen Anmerkungen auf den Entscheidungsprozess. In einer Gesamtelternbeiratssitzung sei die Idee des 7-Stunden-Modells aufgekommen, mit der die Nachmittagsbelastung vor allem der niedrigen Klassen verringert werden solle. Das Modell sei dann im Gremium beraten worden; die Gesamtlehrerkonferenz sei in beiden Schulen zu 80 % dafür gewesen. Anschließend habe man die Stadt informiert, dann das Modell in der Schulkonferenz thematisiert. Die Schulen wollen die Nachmittagsbetreuung nicht vermindern, sondern ausbauen. Am Max-Born-Gymnasium nutzen zurzeit montags 20, dienstags und donnerstags je 17 Kinder (von insgesamt 850 Schülern), die die Ganztagsbetreuung. In der Realschule seien die Zahlen höher (ca. 1/3 der Schüler), da das Gymnasium mehr Wochenstunden

habe, d.h. die Nachmittage oft mit Pflichtunterricht belegt sind. Mit dem 7-Std-Modell bleibe den Kindern und Jugendlichen durch die klare Trennung Vormittag – Pflichtunterricht, Nachmittag – Ganztagsbetreuung oder frei mehr Zeit, um in Vereine oder zur Musikschule zu gehen. Die Schulkonferenz habe nun beschlossen, das 7-Std-Modell für 2 Jahre einzuführen, kombiniert mit dem Doppelstundenmodell. Die erste Stunde des Morgens werde als Einzelstunde unterrichtet, da hier die Vertretung im Krankheitsfall von Lehrern besser zu gewährleisten ist.

Herr Weiher ergänzt, die Rahmenbedingungen bez. ÖPNV und Mensa konnten noch nicht abschließend geklärt werden. Der Caterer wolle in Zukunft verhindern, dass so viele Essen umsonst gekocht werden und zurückgehen, da es derzeit noch keine verbindliche Essensbestellung gibt. Entsprechende Berechnungen der SRH stehen noch aus. Zusätzlich korrigiert er die Schulschlusszeit nach der 7. Stunde in der Vorlage: dort steht versehentlich „13 Uhr“, richtig ist: 13:30 Uhr.

### 3.2: **Beratung:**

Stadtrat Rehberger führt aus, auch er sei zunächst skeptisch gewesen und habe befürchtet, das 7-Std-Modell mache den Ganztagsbetrieb kaputt. Inzwischen sehe er die Vorteile einer klaren Strukturierung am Vormittag – dass das Ganztagsangebot genutzt werde, auch wenn es keinen verbindlichen Unterricht am Nachmittag gebe, sehe man an der Realschule. Vorsichtig agieren solle man in Bezug auf die Schülerbeförderung und die Mensa. Diese gelte es zu erhalten. Das neue Bestellsystem könne er sich als Modellversuch vorstellen. Wenn die Mehrheit der Eltern, Lehrer und Schüler für das Modell gestimmt habe, könne sich der Schulträger nicht zurückziehen. Er dankt den Schulen dafür, dass sie an die Stadt herangetreten seien, obwohl ihnen die Entscheidung selbst obliegt.

Stadtrat Schwenk interessiert die Stundenplangestaltung und bedauert, dass es nur eine Tischvorlage gegeben habe, außerdem, dass noch Fragen bez. des ÖPNV offen seien.

Herr Philipp antwortet, lt. Fahrplan können die Schüler nach jeder Schulschluss-Stunde in jede Richtung einen Schulbus nehmen, Künftig sollte das Gros der Busse statt nach der 6. nach der 7. Stunde kommen. Nach Aussage der VRN-Planer sei dies möglich, und werde auch nicht mehr kosten.

Der Bürgermeister ergänzt, auch die Stadt habe einen sehr guten Draht zum VRN und habe selbständig nochmals angefragt. Das größte Logistikproblem bestehe darin, dass die Schüler alle zur 1. Stunde zur Schule kommen müssen – der Schulschluss sei dann eher verteilt nach der 6., 7. oder 8. Stunde, so dass es kein Problem sein dürfte, die Lastenverteilung von der 6. auf die 7. Stunde zu verlegen.

Stadtrat Schwenk fragt weiter nach der Klassenmischung nach Herkunftsort.

Herr Philipp antwortet, man bevorzuge eine Regionaltrennung.

Stadtrat Schmitz stellt fest, man müsse zur Kenntnis nehmen, dass die Entscheidung bei den Schulgremien liegt. Allerdings tue er sich schwer, den Begriff „Entschleunigung“ in Zusammenhang mit dem 7-Std-Modell zu sehen. In Bezug auf die Entschleunigung sei für ihn oberste Priorität, den Unterricht zu einem späteren Zeitpunkt beginnen zu lassen. Bei einer ununterbrochenen Beschulung bis 13:30 Uhr

könne man nicht von Entschleunigung reden, sondern mute den Kindern eine geballte Ladung Unterricht zu.

Der Bürgermeister möchte keine Dinge bemängelt haben, die die Schulen nicht zu verantworten haben. Die Landespolitik habe durch die Änderung des Bildungsplans für eine Erhöhung der Stundenzahlen gesorgt. Seitens der Eltern sei der größte Kritikpunkt am alten System gewesen, dass die Kinder so spät am Nachmittag heimkommen. Grundsätzlich sei auch klar, dass die Transferzeiten sich erhöhen und man umso früher aufstehen muss, je weiter entfernt man von den Schulen wohnt.

Frau Marker-Schrotz ergänzt, man mache sich schon seit anderthalb Jahren Gedanken zur Entschleunigung des Schullebens, und habe in der Anfangszeit an einen späteren Unterrichtsbeginn gedacht. Allerdings sei man vom neuen Bildungsplan überholt worden, so dass es nun keine Alternative mehr zu einem frühen Beginn gebe, auch wenn man weiß, dass es anders besser wäre. Daher habe man anschließend überlegt, welche Stellschrauben zur Entschleunigung noch möglich sind: nur 3 Fächer am Tag und zwei große Pausen am Vormittag führen auch zur Entschleunigung.

Stadtrat Wachert vermutet, G8 sei schuld an der Situation. Er möchte wissen, ab wann die neue Läuteordnung denkbar sei.

Frau Marker-Schrotz antwortet: ab nächstem Schuljahr. Zusätzlich möchte er wissen, welche Erfahrungen bereits an anderen Schulen mit dem 7-Std-Modell gemacht worden seien.

Herr Philipp antwortet, das Modell werde am St. Raphael-Gymnasium Heidelberg sowie an den Gymnasien Mosbach und Sandhausen umgesetzt, mit jeweils guten Erfahrungen.

Stadtrat Berroth stellt heraus, welche geringe Rolle die Stadt beim Entscheidungsprozess spiele. Wenn sich die schulischen Akteure abgestimmt hätten, solle sich die Stadt nicht als „Oberlehrer“ aufspielen, sondern den Prozess unterstützen.

Stadträtin von Reumont greift diese Ausführung auf und rät dazu, die Entscheidung zustimmend zur Kenntnis zu nehmen; die Stadt habe lediglich zu interessieren, wie es mit der Mensa weitergeht und welche Fragestellungen mit dem ÖPNV zu klären sind.

Stadtrat Katzenstein möchte wissen, ob sich der Unterrichtsbeginn nur in den Unterstufenklassen ändern würde.

Frau Marker-Schrotz erklärt, die Stundenpläne stehen noch nicht fest; es könnte auch vorkommen, dass einzelne Klassen erst zur 2. Stunde Schulbeginn haben. Es bestehe Flexibilität hinsichtlich des Schulbeginns (am Anfang eine Einzelstunde) sowie zur Mittagspause hin.

Stadtrat Katzenstein fragt weiter, woher das Gymnasium den Optimismus nehme, dass die Kinder die freiwillige Nachmittagsbetreuung in Anspruch nehmen, wenn kein verbindlicher Unterricht stattfindet.

Frau Marker-Schrotz verweist hierzu auf ihre guten Erfahrungen mit dem offenen Ganztagsbetrieb, der an der Realschule seit 2013 praktiziert wird. Wenn das Gymnasium in eine ähnliche Zeitschiene gehe wie die Realschule, werde der offene

Ganztagsbetrieb auch verstärkt angenommen, da es immer mehr berufstätige Eltern gibt, die das Angebot brauchen.

Herr Philipp ergänzt, das Angebot sei vor allem an die unteren 3 Klassen gerichtet, wenn die Kinder noch Betreuung brauchen.

Stadtrat Katzenstein zeigt sich skeptisch hinsichtlich der Mensa; er glaubt, dass die Essenszahlen eher zurückgehen werden.

Der Bürgermeister antwortet, dass die SRH sich die Einführung eines Bestellsystems wünsche, da derzeit der Großteil der Kosten dadurch entsteht, dass Essen gekocht und vorgehalten werden, die nicht abgenommen werden. Auf diese Weise seien die Mengen nicht kalkulierbar. Die SRH wolle die Umstellung zum 1.1.2019 machen. Der Bürgermeister sagt zu, den Gemeinderäten die von der SRH noch ausstehende Aufstellung zukommen zu lassen, wie viele Essen umsonst gekocht werden.

Stadträtin Betke-Hermann ist sehr dankbar, dass der reguläre Nachmittagsunterricht künftig entfällt, denn zurzeit schiebt er sich immer mehr in den Abend hinein. Als Lehrkraft in der Musikschule stellt sie fest, dass die Kinder oft müde in die Musikschule kommen, Ensembleunterricht könne man ihnen dann nicht zusätzlich noch anbieten.

Anschließend dankt der Bürgermeister den beiden Schulleitungen für ihre hervorragende Arbeit und die Zeit, die sie sich zur Erläuterung des 7-Std-Modells genommen haben.

### 3.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat nimmt die Umsetzung des Sieben-Stunden-Modells im Schulzentrum Neckargemünd zum neuen Schuljahr 2018/2019 mehrheitlich zustimmend (bei 1 Nein-Stimme und 4 Enthaltungen) zur Kenntnis.

## 4: **Kinderbetreuungseinrichtungen in Neckargemünd - Bedarfsplanung für das Kindergartenjahr 2018/2019**

### 4.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 2 – Bildung, Kultur und Personal sind dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt. Der Bürgermeister korrigiert, auf der Sitzungseinladung sei ein Tippfehler: statt Kindergartenjahr 2018/19 sei fälschlicherweise „2017/18“ abgedruckt.

Herr Weiher erläutert anschließend kurz die Bedarfsplanung anhand der Vorlage. Der Bürgermeister ergänzt, der Fehlbedarf sei genauso hoch wie das Angebot, das „Mäusezauber“ gebracht hätte. Auf Sicht werde man handeln müssen und schauen, wie man ein Plus an Plätzen realisieren könne.

### 4.2: **Beratung:**

Stadtrat Rehberger rät dazu, die beiden Vorschläge in der Beschlussvorlage mit aufzunehmen. Es sei ein großer Fehler gewesen, „Mäusezauber“ abzulehnen – man könne nicht einfach einen Kindergarten aus dem Boden stampfen. Die Verwaltung

müsse sich nun darum kümmern, einen privaten Träger und entsprechende Räumlichkeiten zu suchen. Ihn interessiert, ob es Kinder im Ü3- und U3-Bereich gebe, die trotz Rechtsanspruch in Neckargemünd nicht untergebracht werden können. Er kritisiert, dass die Gemeinden vom Land und Bund immer mehr Aufgaben zugeteilt bekommen, ohne dass geklärt ist, wie die Kommunen das stemmen können. Man solle ein Zeichen setzen und Land bzw. Bund in einem Schreiben den Unmut des Gemeinderates mitteilen. In den Ortsteilen sei insgesamt die Versorgungssituation noch schlechter; es sei zu hoffen, dass in Mückenloch endlich die zusätzliche Gruppe eingerichtet werde.

Stadträtin von Reumont führt aus, für die CDU bestehe momentan kein Grund, pauschal zu werden. Es handle sich um rechnerische Fehlbeträge. Man werde allerdings die zusätzlichen Angebote von SRH und „Sternschnuppe“ brauchen. Sie weist auf die Tagesmütter hin, die zwar nicht im Bedarfsplan stehen, aber sehr gute Arbeit leisten. Man solle schauen, wie man diese unterstützen könne. Zu „Mäusezauber“ betont sie die schlechte Präsentation und die hohen Preise; der Gemeinderat habe ihres Erachtens richtig abgestimmt. Man solle nicht um jeden Preis einen Ausgleich des Bedarfes herbeiführen wollen, denn bei einem solchen Angebot lasse man die Eltern zurück. Der Ganztagsbetrieb müsse auch in den Ortsteilen weiter vorangetrieben werden. Insgesamt signalisiert sie die Zustimmung ihrer Fraktion.

Stadtrat Keller freut sich über den Zugang an Kindern. Man müsse dafür sorgen, dass in Zukunft mehr Plätze zur Verfügung gestellt werden. Die Anzahl des Fehlbedarfes entspreche fast einem ganzen Kindergarten! Die Verwaltung müsse verstärkt Verhandlungen aufnehmen.

Stadträtin Groesser interessiert sich für die Rückläufe der Umfrage, welche Wartelisten in jeder Einrichtung bestehen. Hinsichtlich des Standortes und der hohen Preise sei es seitens der Grünen richtig gewesen, „Mäusezauber“ nicht in die Bedarfsplanung aufzunehmen. Bezüglich der nahen Zukunft solle die Verwaltung tätig werden und nicht abwarten, ob Angebote von außerhalb kommen.

Der Bürgermeister antwortet den beiden Vorrednern, die Stadt führe immer wieder Gespräche, sei ein attraktiver Standort. Er sehe die Verwaltung allerdings nicht in der Pflicht, zum jetzigen Zeitpunkt neue Träger anzuwerben. Zu den Erweiterungsmöglichkeiten: Die Kitas Wiesenbacher Tal und Kleingemünd sind Passivhäuser, damit gebe es keine Ausbaumöglichkeit, ebenso wenig wie beim Kindergarten Feuerfor. In Waldhilsbach könne man erweitern, dies werde auch bereits geplant; auch die Erweiterung des Kindergartens Mückenloch sei in Arbeit. Man werde Flächen und Räumlichkeiten brauchen, denn der bestehende Platz sei nicht groß.

Zur Warteliste erklärt Herr Weiher, es solle abgewartet werden, bis alle Rückläufe vorhanden sind, um damit eine gewisse Aussagefähigkeit zu gewährleisten. Die Daten werde man, sofern keine Erläuterungen erforderlich sind, den Gemeinderäten per E-Mail zukommen lassen.

Stadtrat Bergsträsser betont, dass es nicht möglich sei, in den Wartelisten Doppelanmeldungen herauszufiltern; es müsse eine Koordinierungsstelle geben, und die Wartelisten sollten die entsprechenden Namen aufführen.

Stadtrat Hertel thematisiert das Problem, dass man im U3-Bereich nur wenig Vorlauf habe und die Zeitplanung daher schwierig werde. Man solle überlegen, den Stichtag evtl. anders zu legen, um etwas mehr Zeit für die Planung zu bekommen. Hinsichtlich „Mäusezauber“ habe man wegen des Standortes und des fehlenden Konzeptes die „Friss oder stirb“-Lösung abgelehnt. Im Koalitionsvertrag sei aufgeführt, dass man die Kindergartengebühren senke wolle – dies müsse aber der Bund finanzieren. Die Kindergärten sollten, wie auch die Schulen, Landeseinrichtungen werden, so dass Personal und Gebühren über die Landesverwaltung gehen, die Kommunen lediglich das Gebäude zur Verfügung stellen müssten. Insgesamt solle man jede Umbaumöglichkeit, die sich biete, nutzen.

Stadtrat Wachert wiederholt, dass bei der Präsentation von „Mäusezauber“ sowohl die hohen Preise wie der Standard und das fehlende Konzept gestört hätten, auch die Frage des Opfern einer guten Gewerbeimmobilie. Wäre es denkbar, den Träger nochmals einzuladen, um das Konzept vorzustellen, und evtl. einen anderen Standort zu wählen?

Der Bürgermeister antwortet, hinsichtlich der Bedarfsplanung für 2018/19 sei der Beschluss des Gemeinderates bindend. Evtl. könne man für 2019/20 nochmals darüber sprechen.

Stadtrat Fritsch betont, es sei nicht möglich, hier in Neckargemünd kostenlose Kindergärten anzubieten. „Mäusezauber“ abzulehnen, sei ein sehr großer Fehler gewesen.

Stadtrat Bergsträsser erläutert, die Verhandlungen bezüglich der Mückenlocher Kindergartenerweiterung laufen zurzeit sehr zäh. Bei der letzten Besprechung sei man nun vorangekommen, und er hoffe, dass die Lösung bis zum Jahresende stehe.

Stadtrat Katzenstein sieht den Familiennachzug der Flüchtlinge als eher zu vernachlässigendes Argument bei der Bedarfsplanung; dieser sei auf 1.000 Personen/Monat beschränkt.

Der Bürgermeister hält dagegen, dass die Stadt im nächsten Monat 4 Kinder im Familiennachzug bekommen werde.

#### 4.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat nimmt die Bedarfsplanung für das Kindergartenjahr 2018/2019 einstimmig zustimmend zur Kenntnis. In diesem Zusammenhang beschließt der Gemeinderat die Aufnahme der geplanten U3-Gruppe der SRH sowie die Aufnahme der geplanten U3-Gruppe in der KiTa „Sternschnuppe“.

5: **Fortschreibung der Gebühren für den Besuch von Kinderbetreuungseinrichtungen ab dem 01.09.2018**  
**Damit verbunden:**  
**Änderung der Gebührensatzung für Kinderbetreuungseinrichtungen**

5.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 2 – Bildung, Kultur und Personal ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.

5.2: **Beratung:**

Stadtrat Rehberger empfindet es als sehr schade, dass die Stadt jedes Jahr die Beiträge erhöhen und die Eltern belasten muss. Er verweist diesbezüglich auf seine Ausführungen zum vorherigen TOP. Man werde auch dieses Jahr mit „der Faust in der Tasche“ zustimmen, in dem Wissen, dass man eigentlich die Gebühren senken wolle.

Stadträtin von Reumont kündigt die Ablehnung der Vorlage seitens der CDU an. Man wolle ein Zeichen setzen.

Der Bürgermeister entgegnet, in diesem Falle bräuchte man einen Finanzierungsvorschlag der CDU-Fraktion. Man müsse sich bewusst machen, dass die Stadt Neckargemünd bereits jetzt über die Steuern der gesamten Bürgerschaft jeden Kindergartenplatz pro Jahr mit 5.000 € bezuschusst. Ein Signal nach oben zu setzen, könne nur dann Aussicht auf Erfolg haben, wenn es von allen Gemeinden in Baden-Württemberg mitgetragen wird.

Auch Stadtrat Berroth sieht ein Dagegenstimmen nicht als Lösung des Problems. Die SPD habe versucht, im Koalitionsvertrag die Abschaffung der Kindergartengebühren durchzusetzen, aber ohne Erfolg. Hier handle es sich nun um eine angemessene Erhöhung, auch die SPD werde zähneknirschend zustimmen.

Stadträtin Groesser kündigt eine Enthaltung der Grünen an, da sich die Fraktion nach wie vor für eine Sozialstaffelung der Gebühren ausspricht.

Stadtrat Bergsträsser fordert die Grünen-Fraktion auf, ein Beispiel zu nennen, wie diese Sozialstaffelung aussehen könne.

Der Bürgermeister ergänzt, andere Gemeinden, die eine Sozialstaffelung umgesetzt haben, haben diese zum Teil wieder abgeschafft, aufgrund der Erfahrungen, dass diese sehr arbeitsintensiv ist und dennoch nicht für mehr Gerechtigkeit sorgt.

5.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat stimmt den geplanten Anpassungen der Betreuungsgebühren für die Inanspruchnahme von Kinderbetreuungseinrichtungen mehrheitlich zu, bei 12 Ja-Stimmen, 4 Gegenstimmen und 5 Enthaltungen. Ferner stimmt er dem angepassten Satzungsmuster zu und beauftragt die Verwaltung mit der Anwendung der neuen Satzung ab dem 01.09.2018.

Der Gemeinderat spricht sich darüber hinaus für die Fortschreibung der Sozialstaffelung nach dem „Neckargemünder Modell“ aus.

6: **Fortschreibung der Elternentgelte für den Besuch von außerschulischen Betreuungsangeboten ab dem 01.09.2018**

**Damit verbunden:**

**- Änderung der Entgeltordnung für die außerschulischen Betreuungsangeboten**

6.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 2 – Bildung, Kultur und Personal ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt. Der Bürgermeister verweist auf die ausführliche Behandlung des TOPs im Hauptausschuss.

6.2: **Beratung:**

Es gibt keine Wortmeldungen.

6.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat stimmt der geplanten Anpassung der Elternentgelte für die außerschulischen Betreuungsangebote mehrheitlich, bei 5 Enthaltungen, zu. Er stimmt darüber hinaus dem neuen Muster der Entgeltordnung zu und beauftragt die Verwaltung mit dessen Anwendung ab dem 01.09.2018

7: **Änderung der Richtlinien für die Auszeichnung ehrenamtlicher Vereinstätigkeit und sportlicher Leistungen**

7.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 2 – Bildung, Kultur, Personal ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt. Frau Semrau erläutert die Vorlage kurz.

7.2: **Beratung:**

Stadtrat Schmitz gibt zu bedenken, dass sich die Situation in den Vereinen geändert habe. Daher halte er die Anhebung der Zeitdauer für nicht angebracht. Diese gehe am Trend vorbei, dass sich die Leute heute lieber auf kürzere Zeit engagieren, statt langjährig. Er schlägt daher die Ehrungsrythmen auf 10 Jahre Bronze, 15 Jahre Silber, 20 Jahre Gold vor, um den Sprung zur bisherigen Handhabung nicht zu groß werden zu lassen. Man solle nicht zum Ausdruck bringen, dass das Ehrenamt künftig weniger wert sei als in der Vergangenheit.

Stadtrat Dr. Rothe unterstützt die Ausführungen von Stadtrat Schmitz. Er schlägt statt Medaillen Anstecknadeln vor.

Stadtrat Keller plädiert dafür, den Vorschlag der Verwaltung anzunehmen. Man solle auch den Ablauf der Ehrungen überdenken. In anderen Gemeinden sei es teilwei-

se üblich, nur die Namen der Geehrten vorzulesen. Diese werden nicht auf die Bühne geholt und holen sich im Anschluss an die Veranstaltung ihre Urkunden an einer zentralen Stelle ab.

Der Bürgermeister entgegnet, die Ehrungsveranstaltung sei schon gestrafft worden, indem man alle Geehrten eines Vereins gemeinsam auf die Bühne holt. Vom Auf-die-Bühne-Holen wolle er nicht abgehen, da auch dies eine besondere Ehre darstelle. Leider gebe es das Problem, dass die Geehrten nach ihrer Ehrung die Veranstaltung verlassen. Die Verwaltung hoffe, auch durch die Reduzierung der Ehrungen zu bewirken, dass das Publikum bis zum Ende bleibt.

Stadträtin von Reumont hält das Auf-die-Bühne-Holen auch für sehr wichtig. Insgesamt gehe es bei der Veranstaltung um Wertschätzung. Es gelte einen Mittelweg zu finden, wie die Veranstaltung gelingen kann.

Nach Abschluss der Rednerliste stellt der Bürgermeister den weitest gehenden Antrag, den der Verwaltung mit der neuen Frist 15 – 20 - 25 Jahre zur Abstimmung. Dieser wird mit 11 Ja-Stimmen bei 9 Enthaltungen befürwortet.

7.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt auf Empfehlung des Hauptausschusses die Änderung der Richtlinien gemäß der Vorlage mehrheitlich, bei 11 Ja-Stimmen und 9 Enthaltungen, und beauftragt die Verwaltung, die Ehrung der Sportlerinnen und Sportler sowie der ehrenamtlich Tätigen für das Jahr 2018 bereits nach den neuen Richtlinien vorzunehmen.

8: **Änderung der Richtlinien für die Förderung der Vereine durch die Stadt Neckargemünd**

8.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 2 – Bildung, Kultur, Personal ist dem Original-Protokoll als Anlage beigelegt. Der Bürgermeister führt kurz in die Thematik ein. Hauptsächlich solle mit der Änderung bewirkt werden, die städtische Förderung auch auf 0 – 6-Jährige zu erweitern, sowie die Förderung bereits auf einjähriges Bestehen auszuweiten. Er gibt eine Änderung gegenüber der Vorlage bekannt: Die Voraussetzung „Mitgliedschaft im Dachverband“ solle nur gelten, soweit ein Dachverband existiert.

8.2: **Beratung:**

Es gibt keine Wortmeldungen.

8.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt auf Empfehlung des Hauptausschusses einstimmig, bei 1 Enthaltung, die Änderung der Richtlinien gemäß der Vorlage. Die Formulierung „Mitgliedschaft im Dachverband“ als Fördervoraussetzung ist zu erweitern auf „Mitgliedschaft im Dachverband, sofern vorhanden“. Die Verwaltung wird beauftragt, die neuen Vereinsförderrichtlinien ab kommendem Jahr 2019 anzuwenden.

9: **Bebauungsplan „Karl-Landsteiner-Straße“ – hier: Billigung des Entwurfes des Bebauungsplanes einschließlich der örtlichen Bauvorschriften und Beschluss zur öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Absatz II BauGB**

9.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 6 – Bauwesen, Tiefbau und Verkehr ist dem Original-Protokoll als Anlage beigelegt. Herr Gerhardt erklärt die Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange sowie die Planung anhand einer Präsentation, die dem Protokoll als Anlage beigelegt wird. Der Bürgermeister ergänzt, er habe mit Herrn Bürgermeister Karl vereinbart, dass man auf GVV-Ebene das alte Einzelhandelsgutachten von 2010 überarbeiten wolle. Seiner Auffassung nach verträgt Neckargemünd zwei Vollsortimenter; die anderen Märkte sind Discounter. Momentan gebe es mit Rewe und Edeka ebenfalls schon 2 Vollsortimenter, allerdings seien diese in die Jahre gekommen. Man solle im Hinblick auf die Zukunft weiterhin 2 Vollsortimenter vorhalten, die allerdings auch zukunftsfähig gestaltet sein müssen – Stichwort Qualität im Einzelhandel.

9.2: **Beratung:**

Stadtrat Rehberger verweist auf seine Ausführungen zur letzten Gemeinderatssitzung.

Stadträtin von Reumont ist es wichtig, dass sich der GVV nochmals mit dem Einzelhandelsgutachten beschäftigen will, und dass der Versuch einer gütlichen Einigung gemacht wird.

Stadtrat Berroth signalisiert Zustimmung der SPD. Die Bammentaler Argumentation empfindet er als kleinlich.

Stadtrat Schmitz dankt dem Planungsbüro, dass sie sich mit dem Fragenkatalog der Grünen-Fraktion ausführlich beschäftigt haben. Er hat den Eindruck, verstanden worden zu sein. Der wichtigste Grund für die Ablehnung seitens der Grünen sei das Einzelhandelsgutachten von 2010, das insbesondere Aussagen zu den in Neckargemünd benötigten Branchen getroffen habe. Die Grünen-Fraktion teilt nicht die Meinung, Neckargemünd sei unterversorgt mit Märkten, sondern man brauche andere Sparten. Ein so verkehrsgünstig gelegenes Gelände wie das an der Karl-Landsteiner-Straße solle einen gewissen Branchenmix aufweisen; allein ein Vollsortimenter sei nicht genug. Dass nun ein Fitness-Studio ins Obergeschoss ziehen solle, sei wichtig. Zusätzlich regt er an, den Bebauungsplan nicht so eng an den gegenwärtigen Planungen zu fassen, was die Nutzung angeht, sondern Möglichkeiten für die zukünftige Entwicklung offen zu lassen, für die Gewerbe, die in Neckargemünd fehlen.

Herr Gerhardt antwortet, der Bebauungsplan habe vor allem raumordnerische Funktion. Man habe darauf geachtet, welche Funktion der Stadt Neckargemünd in der Region zukomme, nämlich die eines Unterzentrums. Hier wollte man keine Möglichkeiten auführen, die Neckargemünd eigentlich gar nicht hat. Ein Fitness-Center sei beispielsweise nicht störend.

Der Bürgermeister dankt der Zapf-Gruppe, dass sie den aus Neckargemünd geäußerten Wunsch aufgegriffen und eine Lösung gefunden haben, die beides ermöglicht – eine fehlende Branche sowie einen Vollsortimenter unterzubringen. Er rät dazu, den Bebauungsplan zunächst so eng am Ziel zu lassen, wie er vorgeschlagen wurde. Man könne in der Folge jederzeit neue Ideen aufgreifen.

Stadtrat Fritsch stellt den Vorteil des Vollsortimenters am Tunnelmund für die Ortsteil-Bewohner heraus. Auch Ladestationen für Elektro-Mobilität sollten auf dem Parkplatz untergebracht werden. Man sei auf dem richtigen Weg; er signalisiert Zustimmung.

Stadträtin Groesser empfindet den Entwurf als nicht rund; die Grünen-Fraktion sei gegen einen weiteren Supermarkt in Neckargemünd, daher kündigt sie die Enthaltung ihrer Fraktion an.

Stadtrat Bergsträsser sieht mit dem neuen Supermarkt eine gefährliche Konkurrenz auf das kleine funktionierende Einzelhandelsgeschäft in Mückenloch, „Connys Lädchen“ zukommen. Daher werde er sich enthalten. Der Laden in Mückenloch solle erhalten bleiben.

Stadtrat Wachert ist der Auffassung, man könne es nicht verantworten, alles brach liegen zu lassen und zu warten, bis von alleine etwas passiert. Wenn sich kein Gewerbe ansiedeln wolle, bekomme man ein Problem. Er dankt der Zapf Gruppe für ihr großes Engagement.

Im Anschluss an die Abstimmung (siehe Beschluss) schlägt der Bürgermeister vor, die Auslage nicht allein in den Sommerferien durchzuführen. Die Zeit soll bis eine Woche nach Ferienende gelegt werden. Dies findet im Gremium allgemeine Zustimmung.

9.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat der Stadt Neckargemünd entscheidet mehrheitlich, bei 7 Enthaltungen, den Bebauungsplan „Karl-Landsteiner-Straße“ im beschleunigten Verfahren nach § 13 a i.V.m. § 2 Absatz 1 BauGB als Bebauungsplan der Innentwicklung aufzustellen. Den Abwägungsvorschlägen des Büros Gerhardt wird zugestimmt. Der Entwurf des Bebauungsplanes in der Fassung vom 05.06.2018 einschließlich der örtlichen Bauvorschriften wird gebilligt und gemäß § 3 Absatz II BauGB öffentlich ausgelegt. Die Verwaltung wird beauftragt, darauf zu achten, dass eine Woche der Auslegungszeit nach Ende der Schulferien liegt.

10: **Überarbeitung Parkraumkonzept**  
**Änderungssatzung zur Satzung über die Erhebung von Parkgebühren**

10.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 4 - Bürgerdienste, Ordnung, Sicherheit ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt. Der Bürgermeister lobt, dass bei der Überarbeitung des Konzeptes unter Beteiligung der Verwaltung erneut interfraktionell gearbeitet wurde. Herr Horvath erläutert die Änderungen anhand einer Präsentation, die dem Protokoll als Anlage beigefügt wird. Er gibt eine persönliche Stellungnahme ab, wobei er der Arbeitsgruppe dankt, in der tief, weitgreifend und völlig ergebnisoffen diskutiert worden sei. Es seien viel Ideen eingebracht und ein breiter Konsens gefunden worden. Anschließend trägt er die einzelnen Änderungen insgesamt vor. Er ergänzt, dass bezüglich der Schulparkplätze, bei denen bisher eine Unterscheidung zwischen Neckargemünder Bürgern und Auswärtigen gemacht wurde, inzwischen das Allgemeine Gleichstellungsgesetz (AGG) entgegensteht. Die Trennung ist somit rechtlich nicht mehr zulässig. Die Umstellung der Parkregelungen solle zum 1.1.2019 erfolgen.

#### 10.2: **Beratung:**

Stadtrat Katzenstein möchte wissen, ob beim Parkhaus Waltscher Platz, bei dem eine Gebührenpflicht bis 22 Uhr eingeführt werden soll, auch gewährleistet ist, dass man auch ein Parkticket mit entsprechend langer Parkdauer (3 – 4 Std.) kaufen kann. Dies wird von Herrn Horvath bestätigt.

Stadtrat Dr. Rothe stellt die prinzipielle Frage, ob man künftig nicht nur von den Mitarbeitern des Rathauses Parkgebühren verlangen solle, sondern auch von den Mitarbeitern von Bauhof und Gärtnerei im Menzerpark bzw. den Stadtgärtnerei-Parkplätzen. Sei die Frage der Parkausweise für Mitarbeiter mit dem Personalrat geklärt?

Herr Horvath antwortet, die Parkraumkommission habe die Frage ausdiskutiert und sich dafür entschieden, auch auf dem Gelände der Stadtgärtnerei und im Menzer Park für die Zukunft Gebühren von den Mitarbeitern vorzuschlagen (Parkausweispflicht).

Der Bürgermeister ergänzt, der Personalrat habe in diesem Zusammenhang kein Mitwirkungsrecht, da es keine Entscheidung des Arbeitgebers, sondern des Gemeinderates sei. Mit dem Personalrat sei aber darüber gesprochen worden.

Stadträtin von Reumont bringt vor, der Parkplatz am Rathaus sei überwiegend fremdvermietet an Stadtwerke und Ortho.

Der Bürgermeister antwortet, diese Parkplätze seien aufgrund von Mietverträgen an die jeweiligen Institutionen vergeben und könnten nicht von der Stadt bewirtschaftet werden. Da Stadträtin von Reumont noch darauf hingewiesen hat, dass das Parkplatzangebot für städtische Mitarbeiter auf dem Rathausparkplatz knapp sei, verweist der Bürgermeister darauf, dass alle städtischen Mitarbeiter die Möglichkeit haben, ein Jobticket zu nutzen.

Stadtrat K. Rupp gefällt nicht, dass bei den Parkausweisen „W“ und „L“, bisher für Neckargemünder günstiger, in Zukunft die Neckargemünder bestraft werden, mit einer Erhöhung um das Doppelte.

Herr Horvath erläutert, dass auf diesen Parkplätzen ca. 70 % Auswärtige und 30 % Neckargemünder parken. Die Verwaltung könne nicht einheitlich für alle 5,- € vorschlagen, aufgrund der Finanzsituation der Stadt.

Stadtrat Hertel erläutert das den Änderungsvorschlägen der Kommission zugrundeliegende Konzept: Eine zentrale Rolle spiele das Pflughof-Parkhaus. Alle Parkplätze, die man in der Altstadt für eine Zeit von unter 2 Stunden braucht, sind im Parkhaus billiger als auf den Kurzzeitparkplätzen. Man habe Regelungen getroffen, die eine steuernde Wirkung entfalten sollen: mehr Fluktuation bei den Parkplatz-Belegungen und eine Aufwertung der Tiefgarage. Auch die Wertigkeit der Parkplätze macht er deutlich: Er rät dazu, sich bei den noch offenen Parkgebühren für Parkausweise „W“ und „L“ an den niedrigeren Beträgen zu orientieren. Nicht garantierte Parkplätze (Falltorstraße, Waltscher Platz, Lohplatz) sollten günstiger sein als garantierte (etwa beim Schulgelände für Lehrer, oder im Menzerpark nur für den Bauhof) oder überdachte. Wichtig werde in Zukunft auch die Fortentwicklung sein, so solle es auf dem Waltscher Platz künftig einen festen Parkplatz für das Stadtmobil geben, und mindestens 6 – 8 Parkplätze für E-Fahrräder und –roller.

Stadtrat Berroth hält das Abkassieren von Lehrkräften und städtischen Mitarbeitern für nicht in Ordnung. Für den Parkplatz Güterbahnhofstraße sollte man auch weiterhin Tickets für das ganze Jahr erwerben können.

Dies wird von Herrn Horvath bestätigt; man könne auch 12 der Monatstickets im Voraus erwerben.

Anschließend werden die noch offenen Entscheidungen im Vorschlag der Parkraumkommission diskutiert:

#### **Erhaltung des Menzerparkes als Parkplatz, oder Sperrung für alle Kfz?**

Herr Horvath erläutert, die Kommission habe sich dazu verschiedene Gedanken gemacht, etwa ob die Bauhof-Mitarbeiter auf den Parkplatz am Schulzentrum ausweichen könnten, der nicht voll belegt sei. Zusätzlich habe man thematisiert, was im Falle eines Feuerwehreinsatzes gelten solle. Die Entscheidung wollte man dem Gemeinderat überlassen.

Der Bürgermeister ergänzt, dass man den Menzer Park nur frei von Autos bekommen werde, wenn man die Schranke schließt. Er plädiert dafür, den Parkplatz für den Bauhof aufrecht zu erhalten, so lange über das Nutzungskonzept für die Menzer Villa noch nicht endgültig entschieden ist.

Stadtrat Bergsträsser erinnert an den Winterdienst. Man solle den Mitarbeitern, die ganz früh am Morgen kommen müssen, ermöglichen, in der Nähe ihrer Einsatzstätte zu parken. Auch müssten sie über die noch nicht gestreute Eisenbahnüberführung nehmen.

Die anschließende Abstimmung ergibt: der Menzerpark soll weiterhin den Bauhof-Mitarbeitern als Parkplatz dienen, bei 1 Gegenstimme und 1 Enthaltung mehrheitlich beschlossen.

**Sollen im Menzerpark künftig von den Bauhof-Mitarbeitern, sowie von den Gärtnern auf den Parkplätzen bei der Stadtgärtnerei künftig Parkgebühren erhoben werden?**

Es wird mehrheitlich, bei 1 Gegenstimme und 1 Enthaltung, beschlossen, dass die gleichen Regelungen wie beim Parkausweis „R“ anzuwenden sind.

**Monatliche Gebührenhöhe für die Parkplätze „W“, „L“ und „R“:**

Die weitergehende Variante (= der Verwaltungsvorschlag mit 10,- € / Monat) findet mit 14 Ja-Stimmen, gegenüber der von Stadtrat Hertel vorgeschlagenen Variante 5,- / Monat mit 6 Ja- Stimmen die Zustimmung des Gremiums.

**Monatliche Gebührenhöhe für die Parkplätze Dilsberger Straße sowie die drei oberhalb der Bäckerei Maier (fest garantierte Plätze):**

Die weitergehende Variante (= der Verwaltungsvorschlag mit 25,- € / Monat) findet mit 12 Ja-Stimmen, gegenüber der Variante 20,- / Monat mit 7 Ja- Stimmen die Zustimmung des Gremiums.

Anschließend wird über das Parkraumkonzept insgesamt abgestimmt: der Gemeinderat beschließt die Änderungen mehrheitlich, bei 1 Gegenstimme und 1 Enthaltung.

10.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt die Änderungssatzung zur Satzung zur Erhebung von Parkgebühren mit Inkrafttreten zum 1. Januar 2019 mehrheitlich, bei 1 Enthaltung und 1 Gegenstimme.

Weiterhin beschließt der Gemeinderat über die Anpassung der Mieten für die privatrechtlich vermieteten Parkflächen der Stadt Neckargemünd entsprechend des Beratungsverlaufes mit den einzelnen Entscheidungen zu Menzerpark und Gärtnerparkplätzen sowie den Parkausweisen „W“, „L“ und „R“ sowie den Parkplätzen Dilsberger Straße und Hauptstraße oberhalb Bäckerei Maier.

11: **Kauf einer gebrauchten Wohnmodulanlage zur Aufstellung in der Güterbahnhofstraße**

11.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 5 – Immobilienmanagement ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt. Der Bürgermeister verweist auf die Diskussion in der vergangenen Gemeinderatssitzung. Er trägt vor, er sehe inzwischen keinen weiteren Verhandlungsspielraum zum Preis von 425.000 € sowie Zusatzkosten, wie in der Vorlage aufgeführt. Die Stadt brauche schnell Wohnraum. Nach den derzeitigen vorläufigen Zahlen werde die Stadt im nächsten Jahr mindestens 70 Personen aufnehmen müssen, im laufenden Jahr noch 63 Personen.

Herr Horvath ergänzt, am nächsten Donnerstag werde von einem Flüchtling bereits der Familiennachzug ankommen: die Ehefrau und 4 Kinder im Kindergarten- bzw. Schulalter. Auch er betont, wie wichtig schnelles und effektives Handeln sei, Wohnraum werde dringend benötigt. Die vorgeschlagene Wohnanlage werde Platz für ca. 50 Personen bieten.

Herr Dr. Scheffczyk ergänzt, er habe ein Angebot von einem Bodengutachter über 2.600,- € für eine Baugrunduntersuchung bekommen, die man aller Wahrscheinlichkeit nach brauchen werde.

11.2: **Beratung:**

Stadtrat Rehberger fasst sich kurz: er habe sich bereits in der letzten nichtöffentlichen Sitzung entsprechend positioniert. Die Argumente für einen Ankauf sei die günstige Gelegenheit, Wohnraum für Asylbewerber und Obdachlose zu schaffen, das Areal sei auch von der Lage her günstig, nahe am Stadtzentrum und dem ÖPNV; zusätzlich könne der Herrenweg freigeräumt werden. Diesbezüglich könne man in Ruhe, aber zügig, überlegen, wie das Herrenweg-Gelände weiter genutzt werden könne. Auch der Preis für die gebrauchte Wohnanlage sei noch zu akzeptieren.

Stadträtin von Reumont signalisiert Zustimmung. Ihr Hauptargument sei das Freiwerden des Herrenweges gewesen.

Stadtrat Berroth stimmt ebenfalls „zähneknirschend“ zu, bittet aber um entsprechende Fassadengestaltung.

Stadtrat Schmitz weist darauf hin, dass die Überlegungen zum Ankauf der Containeranlage auch aus selbstverschuldetem Zeitdruck heraus entstanden seien. Jetzt werde wieder dringend Wohnraum gebraucht. Unter den Aspekten der Ghettobildung, fehlender Integration, der Nutzungszeit und qualitativen Erwägungen hätte seines Erachtens anderes nähergelegen. Eigentlich verbiete sich, im Gewerbegebiet das letzte freie Fenster wegzunehmen. Schon vor anderthalb Jahren, bei der erstmaligen Aufstellung von Containern, habe man gewusst, dass man dies nicht noch einmal haben wolle. Es sei die ganze Zeit nur über sozialen Wohnungsbau gesprochen worden, der eine Perspektive haben sollte (etwa Holzbauweise – kurze Bauzeit, serielle Fertigung), passiert sei nichts. Man hätte sich schon vorher Gedanken über Standorte und Bauausführung machen können. Aus diesen Gründen könnten die Grünen dem Vorschlag nicht zustimmen. Anschließend macht Stadtrat Schmitz eine persönliche Anmerkung: es gebe durchaus noch Platz in Neckargemünd, wenn man an den 2. Bauabschnitt Kleingemünd denke.

Herr Dr. Scheffczyk hält dagegen, es sei keine Vergleichbarkeit zwischen der Containeranlage an der Walkmühle und der Anlage aus Schefflenz gegeben.

Der Bürgermeister verwehrt sich gegen die Aussage, in den letzten 2 Jahren habe man nichts unternommen. Man könne nichts dagegen machen, dass die Zuweisungen vom Landratsamt kommen, diese seien volatil. Auch könne man nicht mehr darauf hoffen, dass ein Teil des Wohnraums wieder frei werde – die Praxis habe gezeigt, dass das nicht so ist. Die Kommunen sind alle in der Not, die ankommenden Menschen unterzubringen.

11.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt den Kauf der Wohnmodulanlage zur Aufstellung in der Güterbahnhofstraße mehrheitlich, bei 5 Gegenstimmen, und beauftragt die Verwaltung, die erforderlichen Schritte zur Umsetzung des Projekts in die Wege zu leiten.

12: **Neufassung der Schwimmbad-Ordnung**

12.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 5 – Immobilienmanagement ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt und wird von Herrn Dr. Scheffczyk kurz erläutert.

12.2: **Beratung:**

Stadtrat Katzenstein hätte gerne unter § 5 Abs. 7 (Nutzung eigener Sport- und Spielgeräte) eine positiver klingende Formulierung.

Stadtrat Rehberger betont, die Freien Wähler enthalten sich jeglichen Kommentars angesichts der Behandlung des TOPs in der letzten Sitzung. Der Gemeinderat habe sich in der Öffentlichkeit lächerlich gemacht.

Herr Dr. Scheffczyk ergänzt, er sei in der Presse falsch zitiert worden.

12.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt mehrheitlich, bei 1 Gegenstimme und 1 Enthaltung, die in der Vorlage beigefügte Schwimmbad-Ordnung als Satzung.

13: **Mitteilungen und Anfragen**

Der TOP wird wegen der fortgeschrittenen Zeit nicht mehr aufgerufen.

Der Bürgermeister

Die Urkundspersonen  
Stadträtin Groesser

Die Schriftführerin

Stadtrat Hertel